



**Stellungnahme
zum Ergebnis der Mitgliederbefragung
der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein**

„Wer soll denn unseren Beruf aufbauen, wenn wir es nicht selbst tun! Wir haben gar kein Recht zu verlangen, dass andere das tun.“

(Agnes Karll 1868-1927)

Diese Worte der Vordenkerin der beruflichen Pflege sind mehr als 100 Jahre alt. In diesem Sinne macht sich die DFPP e.V. seit Jahren für die Verkammerung der Pflege stark. Nach der Befragung der Mitglieder der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein (PBKSH) müssen wir feststellen, dass dieser Leitgedanke wenig Zuspruch findet. Am 25.03.2021 wurde bekannt, dass eine überwältigende Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen sich gegen eine durch die Pflegenden selbst finanzierte standesrechtliche und politisch legitimierte Vertretung in Form der Pflegeberufekammer entschieden hat. Damit wird sich die PBKSH auflösen, bevor ihre Arbeit spürbar werden konnte. Somit ist zukünftig die Landespolitik gefordert Sorge zu tragen, dass in einer sehr herausfordernden Zeit bedürftige Menschen qualitativ hochwertige Pflege im ausreichenden Umfang bekommen und vor unsachgemäßer Pflege geschützt sind. Hierfür ist erforderlich, dass

- Themen der Pflege mit hoher Priorität in allen Gremien und Ebenen gesundheitlicher Versorgung mitgedacht und Pflegeexpertise und Pflegebelange in Entscheidungsprozesse einbezogen werden
- ethische und fachliche Standards für die Pflege beschrieben, ermöglicht, eingeführt und kontrolliert werden
- ein Berufsregister zuverlässige Informationen über Pflegenden in Schleswig-Holstein liefert
- eine Berufsordnung, Delegationsnormen und Weiterbildungsordnungen Qualitätsstandards ermöglichen und sichern
- mit verstärkter Professionalisierung, erweiterten Aufgaben und Verantwortungsbereichen sowie durch die forcierte Akademisierung den wachsenden Anforderungen an evidenzbasiertes Handeln in einer alternden Gesellschaft begegnet wird
- psychiatrisch tätige Pflegefachpersonen wichtige Rollen erhalten, um psychiatrischen Versorgungsdefiziten v.a. hinsichtlich niedrighwelliger Hilfen wirksam zu begegnen
- der Beruf attraktiv wird, auch für die ca. 500.000 künftigen Pflegefachpersonen, die in

den kommenden 10-15 Jahren bundesweit nötig sind (siehe Pressemitteilung des DBfK vom 11.03.2021). Dies beinhaltet, die Pflege in Deutschland hinsichtlich Stellenbemessung, Kompetenzen und Bildung international anschlussfähig zu machen.

Aus unserer Sicht wurden diese Themen von Gegnerinnen und Gegnern der Pflegeberufekammer völlig ignoriert und nahezu ausschließlich auf die Pflichtmitgliedschaft und den Mitgliedsbeitrag fokussiert. Eine sorgsame Analyse des Wahlergebnisses ist unerlässlich, zumal wir wissen, dass der Kammergedanke in unterschiedlichen Bundesländern unterschiedlich Zustimmung findet. Dies hängt sehr davon ab, wann wie welche Frage gestellt wird, und wer wann wie über welche Kommunikationskanäle mit welchen Argumenten oder Behauptungen mehr Einfluss nehmen kann. Offenbar stellt für viele einflussreiche Personen und Gruppen eine starke, kompetente, selbstbewusste und autonome Pflege ein Problem dar.

Neben der Landespolitik sind die Gewerkschaft Ver.di sowie die Parteien und die Verbände, die sich gegen die PBKSH aussprachen, gefordert. Sie müssen zeigen, dass sie die drängenden, immensen Probleme der Pflege lösen können, ohne der Pflege diese mit weitreichendsten Rechten ausgestattete Organisation zu ermöglichen.

Die DFPP appelliert an Verantwortliche Personen in anderen Bundesländern, aus den dramatischen Fehlentwicklungen in Schleswig-Holstein keine falschen Schlussfolgerungen abzuleiten.

Ulm, den 31.03.2021

Dorothea Sauter (Präsidentin)

Uwe Genge, Michael Mayer (Vizepräsidenten)

Dirk Stadtkus, Markus Hör (Koordinatoren Regiogruppe Nord)